HAVELBRANDUNG
Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

Sonderausgabe der „HAVELBRANDUNG“ zu den Kommunal- und Europawahlen 2014

DIE LINKE will mehr Geld für Kommunen

Kommunales Investitionsprogramm soll Infrastruktur in Städten und Dörfern voranbringen

DIE LINKE in Brandenburg will die Investitionskraft der Kommunen deutlich stärken. Wir sind überzeugt davon, dass die Investitionen wie ein Konjunkturprogramm wirken und die regionale Wirtschaft beleben können. Deswegen streben wir für die Jahre ab 2015 ein kommunales Investitionsprogramm mit einem Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an.

Für DIE LINKE war es schon immer wichtig, dass in den Städten und Gemeinden mitentschieden wird, welche Bau- bzw. Sanierungsvorhaben realisiert werden sollen und wofür das Geld der SteuerzahlerInnen ausgegeben wird.

Dass ein solches Programm wichtige Impulse geben kann, zeigte das so genannte Konjunkturprogramm II, das die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise für die deutsche Wirtschaft mildern sollte. In der Realität bewirkte es zahlreiche Investitionen in Schulen, Kindergärten und Hochschulen, Krankenhäuser, Sporthallen, Feuerwehrgebäuden, Bibliotheken, Vereinsgebäude sowie in Straßen, in die IT-Kommunikation und in die ländliche Infrastruktur.

Die Mittel für das kommunale Investitionsprogramm in Brandenburg soll nach den Vorstellungen der LINKEN überwiegend das Land bereitstellen.

Die Kommunen steuern nach dem Vorbild des genannten Konjunkturpaketes II ihrerseits Eigenmittel bei. Zudem werden wir prüfen, inwiefern weiter Mittel des Bundes sowie EU-Gelder nutzbar sind. Eigenmittel können auch aus dem kommunalen Ausgleichsfonds kommen, damit notleidende Kommunen ebenfalls Nutzen aus dem Investitionsprogramm ziehen können.

Die Investitionen sollen nachhaltig wirken und unter anderem in den Unterhalt von Kommunalstraßen und kommunalen Brücken, in den Erhalt von Sportstätten, in die energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude fließen. Dazu gehören auch Schulen. Mit diesem Investitionsprogramm werten wir einen Teil der den Kommunen übertragenen Mittel ein weiteres Mal auf und vermehren die damit verfügbare Investitionssumme. Was dringend gemacht werden muss, kann damit leichter und schneller in Angriff genommen werden. Das dient der Erhöhung der Lebensqualität in den Städten und Dörfern.

Christian Görke,
Landesvorsitzender
der LINKEN in Brandenburg



Ergänzend durch das Konjunkturpaket II ist in Weisen in der Prignitz ein vielseitiger, gut besuchter Dorfanger mit Dorfgemeinschaftsraum, Landmarkt, Bistro, Buschbackofen und Spielplatz entstanden.



Am 25. Mai wählen gehen

Der letzte Mai-Sonntag ist ein wichtiges Datum für die Bürgerinnen und Bürger im Land, denn an diesem Tag bestimmen sie darüber, was künftig in ihren Kommunen, in ihrem Landkreis und auch in Europa passiert. Fragen wie gute Arbeit, Bildung von Anfang an und Finanzierbarkeit sind zu beantworten. Trotz Haushaltszwängen. Bei uns in Teltow-Fläming wurde der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan 2014 einstimmig beschlossen. Jetzt gilt für unseren Landkreis das, was auch für jeden privaten Haushalt gilt: Es darf nicht mehr ausgegeben werden, als Einnahmen da sind. Haushaltskonsolidierung hat Vorrang, denn wir wollen die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen sichern. Und so stellten wir jede Aufgabe auf den Prüfstand, wo etwas ohne Schaden verschoben oder auch anders organisiert werden kann, haben wir das getan. Bei diesen Entscheidungen haben wir die Zukunftsaufgaben für Ältere und Jüngere im Blick – die Teilhabe an Bildung und Kultur und Sport, Gesundheit und Mobilität. Trotz Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau sind die so genannten freiwilligen Leistungen nicht gestrichen worden. Auch die unentgeltliche Schülerbeförderung wird es weiterhin geben. Dies gelang nur durch Offenheit, Transparenz, einander zuhören und Hinweise ernst nehmen. So kann Politik gelingen. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie am 25. Mai den Kandidatinnen und Kandidaten Ihre Stimmen, denen Sie genau das zutrauen.

Kornelia Wehlan, (DIE LINKE)
(Anm. der Redaktion: Die Autorin ist Landrätin im Landkreis Teltow-Fläming)

Unser Mann im Rathaus:

Er versucht die Quadratur des Kreises

Er sei wohl unter die Masochisten gegangen, wurde Dr. Wolfgang Erlebach gefragt, als er sich in Brandenburg an der Havel um das Amt des Sozialbeigeordneten bewarb. Der Posten war nach dem überraschenden Wegzug der LINKEN Amtsinhaberin drei Jahre unbesetzt geblieben, die Aufgaben waren mehr schlecht als recht auf umliegende Ressorts verteilt worden, aber mittlerweile war der Entscheidungsstau unübersehbar. Und das Geld knapp. „Brandenburg ist hoch verschuldet, aber leistet sich einen teuren Beigeordneten“, schimpften SPD und Grüne. Eine Milchmädchenrechnung.

Ernster zu nehmen waren da schon Töne wie: „So ein Funktionsträger von OB Dietlind Tiemanns (CDU) Gnaden hat doch sowieso nichts zu melden.“ Mittlerweile ist dieser Vorwurf kaum noch zu hören. Denn die Bilanz von Erlebach nach elf Monaten im Amt kann sich sehen lassen. Hier nur einige Beispiele: Für das Frauenhaus wurde ein neues Objekt gefunden, der Umbau geht zügig voran. 150 zusätzliche KITA-Plätze wurden geschaffen. Die Sachkostenzuschüsse für KITAs wurden angehoben, ebenso die Leistungen für Pflegefamilien und Pflegekinder. Für den Umbau einer alten Turnhalle zur Skaterhalle wurde Geld locker gemacht. Das Stadtmuseum hat eine neue Museumsleiterin bekommen; die Zeit bis zur Eröffnung der neuen Dauerausstellung wird mit interessanten Sonderausstellungen überbrückt.



Dass Erlebach auch schmerzhafte Entscheidungen zu verantworten hat, z.B. die Erhöhung der Musikschulgebühren, die übrigens lange vor seiner Zeit beschlossen worden ist, lässt sich nicht vermeiden. Sein Prinzip: „Nicht für umsonst, aber mit sozialem Augenmaß.“

Dr. Uta Sändig

Für alle Kinder:

Längeres gemeinsames Lernen

Die Gemeinschaftsschule ist für uns Linke ein zukunftsfähiges Modell für Brandenburg. In dieser Schule können unsere Kinder länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Sie werden entsprechend ihrer Neigungen, Talente und Begabungen optimal gefördert. Sie werden nicht sortiert, sondern integriert. Jeder Schulabschluss soll in dieser Schule möglich sein. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern und Jugendlichen wird als Chance für ein erfolgreiches, kreatives Lernen und für die Entwicklung sozialer Kompetenzen betrachtet. Wir wollen diese Schule gemeinsam im Dialog mit Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen, mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie mit allen an Schule Beteiligten langfristig in Brandenburg einführen. Auf dem Weg dahin müssen die bestehenden Schulformen für SchülerInnen durchlässiger werden. Dafür brauchen wir gleiche Rahmenpläne und Stundentafeln für Oberschulen, Gesamtschule und Gymnasien bis zur Klasse 9. Wir stärken die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und schaffen Anreize zur Zusammenführung von Grund- und weiterführenden Schulen. Wir streben den Einsatz von mehr SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und Sonder- bzw. InklusionspädagogInnen an.

Wir fördern in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Ausbau weiterer inklusiver Grundschulen. Neben einer intensiven pädagogischen Vorbereitung bedarf es der entsprechenden personellen und sachlichen Ausstattung dieser Schulen. Diese Schule bietet allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder dem Wohnort der Eltern abhängen. Jedes Kind in allen Regionen des Landes hat eine Zukunft verdient und deshalb brauchen wir die Gemeinschaftsschule.

Wir stärken die kommunale Familie

Ute Hustig, Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthethal, befragt Brandenburgs Finanzminister Christian Görke

Wodurch unterscheidet sich ein linker Finanzminister von einem mit anderem Parteibuch?

Ein Finanzminister ist der Verantwortliche für ein klar umrissenes Aufgabengebiet. Er kann nicht aufgrund seines Parteibuches über mehr oder weniger Geld verfügen. Da ich jedoch davon ausgehe, dass die meisten Leserinnen und Leser dieser Zeitung die beiden einzigen linken Finanzminister kennen, nämlich meinen Amtsvorgänger Helmuth Markov und mich, beantwortet sich die Frage doch fast von selbst. Oder erkennen Sie sehr viele Ähnlichkeiten zwischen uns und, sagen wir mal, Herrn Schäuble? Uns unterscheidet die Herangehensweise an Politik. Wir bleiben dabei: Unsere Haushaltspolitik wird immer soziales Augenmaß wahren. Das ist keine leichte Aufgabe, aber der stellen wir uns auch in der kommenden Wahlperiode.

Woher speisen sich die Finanzen einer Kommune?

Die Gelder der Kommunen stammen aus der gleichen Quelle wie die des Landes und des Bundes. Es sind die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die uns anvertraut sind. Damit sorgsam umzugehen und sie zu vermehren, ist Aufgabe aller, die politische Entscheidungen zu treffen haben.

Die wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommunen ist zum Beispiel die Gewerbesteuer. Jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister hat also die Chance, selbst mit zu beeinflussen, wie viel Geld für soziale oder kulturelle Vorhaben ausgegeben werden kann, indem sie ihren Handwerks- und Gewerbebetrieben gute Bedingungen bereit stellen und neue Unternehmen in den Ort holen.

Was hat die rot-rote Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode an der Finanzierung der Kommunen geändert?

Wir haben die finanzielle Lage der Kommunen gestärkt. 2011 haben wir den Demografie-Faktor eingeführt und inzwischen auf fünf Jahre ausgeweitet. Davon profitieren Kommunen mit Einwohnerrückgang. Sie erhalten übergangsweise mehr Schlüsselzuweisungen als ihnen nach der aktuellen Einwohnerzahl zustehen würde. So können sie den Strukturwandel besser gestalten.Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass auch finanziell angeschlagene Kommunen aus dem Ausgleichsfonds Hilfen erhalten, um überregional bedeutsame Investitionen realisieren zu können. Mit Beginn dieses Jahres führten wir den Jugendhilfelastenausgleich ein. Und auch die solidarische Finanzausgleichsumlage, die oft als „Reichensteuer“ verunglimpft wird, ist ein Kind der LINKEN, um in der kommunalen Familie das Prinzip, dass der Stärkere dem Schwächeren hilft, zu verankern.



In den Gemeinden wird immer über Instandhaltungsrückstau - vor allem an Straßen, Rad- und Gehwegen, aber auch Schulen und anderen kommunalen Gebäuden -geklagt. Haben Sie eine Idee, was wir dagegen machen könnten?

Genau für dieses Problem möchten wir in der nächsten Legislaturperiode ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr auflegen. Es wird ein zentrales Vorhaben im Landeswahlprogramm der Linken sein *(Siehe auch S.1 dieser Zeitung).*

Was haben Sie vor, um die finanzielle Lage der Kommunen generell zu verbessern?

Von unserer soliden Haushaltspolitik partizipieren die Kommunen gleichermaßen wie das Land. Nach der jüngsten Steuerschätzung im November 2013 wurden für dieses Jahr Steuermehreinnahmen in Höhe von 19,2 Millionen Euro vorhergesagt. Wir haben diese Summe in den Nachtragshaushalt 2013/14 eingestellt, so dass die Kommunen davon 3,82 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Dank der Steuermehreinnahmen fällt die für 2013 erwartete Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs auch besser als erwartet aus. Vom Plus in Höhe von 9,72 Millionen Euro reicht das Land die Hälfte – also 4,86 Millionen Euro – schon vorfristig in diesem Jahr an die kommunale Familie weiter. Es kommt aber immer auch auf die Kommunen selbst an. Das Land kann Hilfen geben, aber dies sollen immer auch Hilfen zur Selbsthilfe sein.

Leistungsfähige und moderne Krankenhäuser



84 Prozent der Patientinnen und Patienten in Brandenburg würden ihr Krankenhaus weiterempfehlen. Das hat eine der größten Befragungen in Deutschland ergeben, deren Ergebnis im vergangenen Jahr vorgestellt wurde. Brandenburg liegt damit über dem Bundesdurchschnitt.

„Unsere Krankenhäuser leisten eine gute Arbeit. Sie sind ein wichtiger Anker in der gesundheitlichen Versorgung im Land. Und wir tun alles, um sie für die Zukunft fit zu machen“, erläutert Gesundheitsministerin Anita Tack mit Blick auf die 53 Krankenhäuser mit 62 Standorten. Über eine halbe Million Patientinnen und Patienten werden jährlich hier versorgt.

Rund vier Milliarden Euro Fördermittel wurden seit Gründung des Landes für den Auf- und Ausbau zur Verfügung gestellt, davon rund 2,77 Milliarden aus Landesmitteln. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und unsere Krankenhäuser in erheblichem Umfang wirtschaftlich gestärkt“, so Tack. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass zu Jahresbeginn 2013 die Krankenhausfinanzierung von einer Einzelinvestitionsförderung auf eine verlässliche Investitionspauschale umgestellt wurde. 2014 trat der neue Krankenhausplan in Kraft.

Da über zwei Drittel aller Krankenhausleistungen von Menschen im höheren Lebensalter in Anspruch genommen werden, hat die Landesregierung die Krankenhausleistungen in der Geriatrie, in der Inneren Medizin und in der Neurologie deutlich erhöht. Tageskliniken verstärkten die Präsenz von Krankenhausleistungen in der Fläche.

„Gerade in der Altersmedizin helfen Tageskliniken einen Krankenhausaufenthalt zu verkürzen oder zu vermeiden. Patientinnen und Patienten können schneller in ihre häusliche Umgebung zurückkehren und wieder aktiv am Leben teilhaben“, begründet Tack diesen Schritt.

Darüber hinaus stehen landesweit 30 Kliniken mit rund 5.400 Betten für medizinische Rehabilitation bereit.

Gleichzeitig zählen die Brandenburger Krankenhäuser und Reha-Kliniken in den jeweiligen Städten und Kreisen zu den größten Arbeitgebern und sichern damit vielen Familien das Haushaltseinkommen. Mehr als 27.000 Beschäftigte haben hier ihren Arbeitsplatz.

Gerade für diese vielen engagierten Beschäftigten in den Brandenburger Kliniken ist das Umfrageergebnis eine schöne Auszeichnung und Ansporn für weitere gute Leistungen.

Ich stehe für einen Brandenburger Weg

Von Lutz Krakau, Spitzenkandidat im Wahlkreis 1 (Altstadt, Dom)



Am 25. Mai entscheiden Sie mit Ihren Stimmen über die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) in Brandenburg an der Havel.

Normalerweise – und sicher erwarten Sie das jetzt auch – erfolgt nun eine Aneinanderreihung von politischen Absichtserklärungen: Wir wollen unsere schöne Heimatstadt noch schöner machen, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig agieren, die Bürgerbeteiligung stärken und die möglichst umfassende Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben sichern. 100% sozial! Und so weiter. Das ist alles richtig; außerdem sind wir als LINKE, und davon bin ich fest überzeugt, auch die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die konsequent für Frieden und soziale Gerechtigkeit eintritt.

In der Vergangenheit war die SVV, der Ort also, an dem die von Ihnen gewählten Volksvertreter über das Wohl und Wehe der Zukunft der Stadt entscheiden, allzu oft ein Ort von sinnfreien und ziellosen Debatten. Persönliche Befindlichkeiten und parteipolitische Ressentiments verhinderten häufig eine sachbezogene, zielführende und damit zukunftsorientierte Entscheidungsfindung. Die ohnehin zeit- und kraftaufwändige ehrenamtliche Tätigkeit der Stadtverordneten wurde dadurch oftmals konterkariert. In unserem Bundesland gab es den so genannten Brandenburger Weg. Nach 1989 war dies eine politische Arbeitsmöglichkeit, um die riesigen Probleme, die es zu meistern galt, fair, ohne Diskriminierung und Ausgrenzung miteinander einer Lösung zuzuführen. Selbst Kritiker dieses besonderen Weges geben heute zu, dass er der Entwicklung unseres Landes sehr dienlich war. Streit und das Ringen um die besten Lösungen gehören zur politischen Auseinandersetzung dazu. Am Ende sollte aber die für alle Seiten annehmbare Sachentscheidung stehen, basierend auf einem breiten, verlässlichen Konsens.

Wunschdenken? Sicherlich gehört eine große Portion Optimismus dazu, sich vorzustellen, dass dies auch in unserer SVV möglich sein kann. Ich habe diesen Optimismus. Und wer den Versuch nicht wagt, hat eben von vorn herein schon aufgegeben. Es war der Vorschlag der LINKEN, gemeinschaftlich für die Stadt im politischen Raum zu agieren. Leider hat sich die SPD auf eine kommunalpolitische Fundamentalopposition eingeschworen. Dieser Weg kann nicht der richtige sein.

DIE LINKE hat kommunalpolitische Verantwortung übernommen. Sie stellt den Sozialbeigeordneten und kann damit auf dem Gebiet ihrer Kernkompetenz für die sozialpolitischen Belange der Bürgerinnen und Bürger tätig werden. Dies garantiert soziale Ausgewogenheit bei notwendigen Sparmaßnahmen.

Versuchen wir es doch einmal, partei- und interessenübergreifend für unsere Heimatstadt zu arbeiten. Zum Beispiel beim Ringen um den Erhalt der Kreisfreiheit oder bei einer optimalen Vorbereitung der BUGA, damit diese ein echter Erfolg wird.

Dafür bedarf es eines größeren Miteinanders aller politischen Verantwortungsträger. Dass ich mir dafür gleichzeitig eine starke Fraktion der LINKEN in der SVV wünsche, liegt auf der Hand.

Lutz Krakau

Aus unserem Wahlprogramm

Soziale Ausgrenzung verhindern

Auch in unserer Stadt ist die zunehmende Spaltung in Arm und Reich nicht zu übersehen. Wir streiten dafür, dass die Stadt von Bund und Land finanziell so ausgestattet wird, dass sie ihre Aufgaben im Sozial- und Jugendbereich, für Menschen mit geringem Einkommen oder in sozial schwierigen Verhältnissen besser erfüllen kann. Insbesondere den Kindern sollen Entwicklungschancen erhalten und neue eröffnet werden. Wir verstehen den demographischen Wandel als Herausforderung, nach kreativen Lösungen zu suchen.

Migranten willkommen heißen

Wir setzen uns dafür eine, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine gute Aus- bzw. Weiterbildung erhalten, damit sie erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Dafür sind verstärkt EU-Mittel zu nutzen. Die Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Zentrum und dem Integrationsrat soll ausgebaut werden. Die Sanierung der Gemeinschaftsunterkunft in der Flämingstraße soll vorangetrieben und der Übergang in Wohnungen vorbereitet und begleitet werden.

Anständige Löhne zahlen

Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor in Europa. Wir wollen als Linke dafür kämpfen, dass die BAS GmbH ihre arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Aufgaben auch weiterhin erfüllen kann. Schwerpunkt ist, Erwerbslose in den ersten Arbeitsmarkt oder in sinnvolle gemeinnützige Beschäftigung mit existenzsichernder Entlohnung zu bringen. Wir dringen darauf, dass bei öffentlichen Aufträgen und kommunalen Unternehmen Tariftreue herrscht und Mindestlöhne gezahlt werden. Dem Abbau von Vollzeit- und unbefristeten Arbeitsplätzen ist entgegenzuwirken.

Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 1



2. Birgit Patz
46 Jahre, ledig, vier Kinder, Lehrerin, parteilos:
„Wie bisher als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses möchte ich mich in der neuen SVV für die Belange von Kindern, Jugendlichen und deren Familien einsetzen. Die Bürger der Stadt sollen bei möglichst vielen Entscheidungen direkt beteiligt werden.“



3. Petra Zimmermann
56 Jahre, getrennt lebend, zwei erwachsene Kinder, Wahlkreismitarbeiterin: *„Ich will nicht zu denen gehören, die zu Hause im Wohnzimmer schimpfen auf ‚die da oben‘. Ich will wissen, warum eine Entscheidung so und nicht anders ausgefallen ist.“*



4. Andreas Martin
46 Jahre, verlobt, ein erwachsenes Kind, Mitarbeiter im Quartiersmanagement Hohenstücken:
„Stadtentwicklung ist auch Sozialraumentwicklung. Wir brauchen Zukunftsprojekte, die jenseits vom Parteien- und Interessengezänk gemeinsam getragen werden.“



5. Lena Herenz
18 Jahre, Schülerin am von Saldern-Gymnasium, parteilos:
„Mir ist wichtig, dass junge Menschen Begegnungsräume haben: Orte zum Feiern, Lernen, Abhängen. Orte, an denen Bands proben und Vereine die Stadt beleben. Ich will mich für ein kostenfreies W-LAN für alle einsetzen.“



6. Bernd Kettmann
63 Jahre, verheiratet zwei erwachsene Kinder, Ingenieurökonom, Rentner:
„Für mich bedeutet linke Politik, sich nicht nur um die sozial Schwachen zu kümmern, sondern auch die Mittelschicht zu erreichen. Nur so kann sich unsere Stadt als Oberzentrum festigen.“

Aus unserem Wahlprogramm

Ich bin die Grüne unter den Roten

Von Heike Jacobs, Spitzenkandidatin im Wahlkreis 2 (Neustadt, Göttin, Schmerzke)



Mein Name ist Heike Jacobs. Ich bin 42 Jahre alt und kandidiere zum zweiten Mal für die Stadtverordnetenversammlung von Brandenburg an der Havel. Linke Politik bedeutet für mich aktiver Umweltschutz und Klimapolitik. Ich gelte also als die Grüne unter den Roten ;-). Nur DIE LINKE verbindet ökologisches, nachhaltiges Wirtschaften mit sozialer Gerechtigkeit. Deshalb habe ich mich in der vergangenen Wahlperiode verstärkt umweltpolitischen Themen gewidmet. Dabei hat unsere Fraktion neben einem Baummoratorium weitere nennenswerte Ziele erreicht, z.B. die ausschließliche Verwendung von Umweltpapier in der Verwaltung. Zukünftig werde ich diesen Weg weiter gehen.

Grundsätzlich bedarf es einer noch stärkeren Ausrichtung auf kommunale Umweltthemen. Denn schon der durch die Verwaltung installierte Klimabeauftragte wird seinem Namen nicht wirklich gerecht, da er sich primär mit BUGA-Themen beschäftigt. Bis dato wurden keine Analysen oder gar Ziele zur Emissionsreduktion und zum Klimaschutz vorgelegt. Das muss sich ändern! Ich fordere ein Klimaschutzkonzept für unsere Stadt. Dieses dient der aktuellen Bestandserhebung des Energieverbrauches und der CO_2-Emissionen. Erst auf dieser Basis lassen sich gesamtstädtische Zielsetzungen ableiten. Als einen Grundpfeiler grüner Politik betrachte ich den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Diese müssen dezentral gewonnen und verbraucht werden. Unsere städtischen Werke sind dabei stärker in die Pflicht zu nehmen.

Auch in unserer Stadt muss es um eine klimagerechte Mobilität gehen, das heißt: Vorfahrt für den ÖPNV, für Fußgänger und Radfahrer. Das bedeutet vor allem: Verkehrsvermeidung durch kurze Wege zu den Dienstleistungs-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen sowie den Begegnungsstätten in den Stadt- und Ortsteilen. Es geht also um den Ausbau und die attraktive Gestaltung verkehrssicherer Wegeverbindungen in der Stadt. Dafür die notwendige Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erreichen, ist mir ein besonderes Anliegen.

Klimaschutz scheint manchmal mit den denkmalpflegerischen Anforderungen an eine alte, geschichtsträchtige Stadt schwer in Übereinstimmung zu bringen. Zum Beispiel müssen bei der energetischen Sanierung Lösungen gefunden werden, die das historische Stadtbild nicht oder kaum beeinträchtigen. Möglich wäre ein Modellprojekt für ein Testquartier; dafür möchte ich mich einsetzen.

Insgesamt werde ich dafür eintreten, unser Image als klimafreundliche Stadt weiter voran zu treiben. Neben kleinen Schritten in Richtung einer nachhaltig agierenden Stadt werde ich dieses Thema sukzessive in unser Stadtmarketing einbringen. Denn auch überregional zählt Klimaschutz als weicher Standortfaktor, der sich sowohl touristisch niederschlägt als auch wirtschaftsstrukturell genutzt werden kann. Wir sitzen alle im selben Boot, das Brandenburg an der Havel heißt. Lasst uns die klimapolitischen Herausforderungen erkennen und die notwendigen Schritte in Angriff nehmen.

Heike Jacobs

Umweltschutz ist Menschenschutz

Umweltschutz muss immer mehr zu einem kommunalen Thema werden und auch den Respekt vor der reichhaltigen Tier- und Pflanzenwelt unserer Heimat einschließen.
Die Zukunft der Energieerzeugung liegt auch in unserer Stadt bei vorwiegend dezentralen Kraftwerken, die auf Basis regenerativer Energiequellen arbeiten, und bei alternativen Technologien.
Ein bürgernahes Kleingartenkonzept ist ebenso wichtig wie die Renaturierung von Brachflächen für die öffentliche Nutzung.
Das Naturschutzzentrum Krugpark soll auch weiterhin nachhaltig unterstützt werden.

Kultur ist nicht nur eine nette Zugabe

Die kulturellen „Zugpferde" unserer Stadt, insbesondere die Brandenburger Symphoniker, das Jugendtheater und das Event-Theater, aber auch die Galerie Sonnensegel und die Wredowsche Zeichenschule, dürfen nicht kaputtgespart werden.
Wir wehren uns gegen ungerechtfertigte Maßnahmen des Kulturabbaus, etwa unter dem Deckmantel der Umstrukturierung des Theaterverbundes.
Wir unterstützen auch weiterhin mit aller Kraft das selbstverwaltete, in die Region hinein wirkende Jugendhaus HdO.

Gesundheit ist keine Ware

Krankenhäuser als Institutionen der Daseinsvorsorge dürfen nicht ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und Profitinteressen geführt werden.
Wir setzen uns für eine solidarische Gesundheitsversicherung und gegen die weitere Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen ein.
Insbesondere soll das Städtische Klinikum gestärkt und die Einrichtung weiterer Versorgungszentren (Polikliniken) auf den Weg gebracht werden.
Im Interesse der Gesundheitsprävention unterstützen wir besonders den Breiten- und Gesundheitssport.

Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 2



2. Daniel Herzog
37 Jahre, ledig, Politologe, Wahlkreismitarbeiter MdL:
„Mir ist wichtig, dass Konflikte zwischen den Parteien konstruktiv gelöst werden und eine hohe Bürgerbeteiligung, vor allem in den Bereichen Stadtentwicklung und Infrastrukturmaßnahmen, erreicht wird."



3. Dr. Uta Sändig
62 Jahre, verwitwet, liiert, zwei Söhne, zwei Enkel, Dozentin an der Uni Potsdam:
„Meine Vision: eine wirtschaftlich starke, kulturell reichhaltige, gepflegte, kinder- und fahrradfreundliche Stadt, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich endlich wieder schließt."



4. Andreas Kutsche
36 Jahre, ledig, eine Tochter, Krankenpfleger, stellv. Betriebsratsvorsitzender im Städtischen Klinikum: *„Meine Schwerpunkte sind berufsbedingt in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Als Gewerkschafter kämpfe ich dafür, dass die Stadt und ihre Unternehmen Vorbild für Tariftreue sind."*



5. Elisabeth Scholz
79 Jahre, verwitwet, zwei Söhne, ein Pflegesohn, fünf Enkel, seit 1998 Stadtverordnete:
„Die Jüngste bin ich nicht mehr, aber ich habe noch nicht alles erreicht und möchte mich weiterhin dafür einsetzen, dass sich Jung und Alt in unserer Stadt wohl fühlen."



6. Heiko Kinas
52 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, Mitarbeiter im Bürgerhaus Hohenstücken, parteilos:
„Ich bin seit langer Zeit Sympathisant der Linkspartei und habe mich gern bereit erklärt, für sie zu kandidieren. Meine Schwerpunkte: Sozial- und Kulturpolitik."

Hohenstücken und Nord aufwerten

Von René Kretschmar, Spitzenkandidat im Wahlkreis 3 (Hohenstücken, Nord)



Ich kandidiere in Hohenstücken und Nord für die Stadtverordnetenversammlung (SVV) und möchte meine Erfahrungen als Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der SVV und Landtagsabgeordneter nutzen, um mich für diese wichtigen Stadtteile besonders einzusetzen.

Diese beiden Stadtteile sind entscheidend für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Wir brauchen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Innenstadt als Magnet für Handel, Kultur und Tourismus und den Wohnstadtteilen Nord und Hohenstücken.

In Nord muss der entstehende Grünzug vom Marienberg bis zur Regattastrecke mit einem lebendigen Zentrum rings um den Markt die Attraktivität des Wohngebiets weiter erhöhen. Die Buslinie B bindet den Stadtteil hervorragend an die Innenstadt und den Bahnhof an. Dies bietet die Chance, auch in Nord vom Zuzug von Pendlern nach Brandenburg an der Havel zu profitieren.

Die durch DIE LINKE im Haushalt gesicherten Finanzmittel für eine Skaterhalle in der ehemaligen Turnhalle der Sprengelschule machen es möglich, dass auch für Jugendliche ein neuer Anlaufpunkt entstehen kann. Bei diesem Projekt sind noch einige Punkte zu klären, aber ich unterstütze grundsätzlich das Engagement von Jugendlichen, sich selbst in die Stadtentwicklung einzubringen. In Hohenstücken sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um wieder mehr junge Familien dort anzusiedeln. Dafür bieten die gute Erreichbarkeit durch Straßenbahn und Bus und die vielen Einkaufsmöglichkeiten eine gute Grundlage. Die Straßenbahnlinie 6 ist die am meisten genutzte Linie in unserer Stadt. Damit ist sie das Herzstück des Straßenbahnbetriebes. Ihre Attraktivität muss zum Beispiel durch mehr Fahrten in den Abendstunden und am Wochenende weiter erhöht werden. Außerdem muss geprüft werden, wie die Anbindung an den Bahnhof Görden verbessert werden kann, denn dieser bietet eine direkte Verbindung nach Rathenow und Premnitz.

Die in Hohenstücken durch den Abriss von Wohnblöcken entstandenen Freiflächen müssen attraktiver bzw. zur Wohnbebauung freigegeben werden. Wenn sich engagierte Bewohnerinnen und Bewohner finden, können auf diesen Flächen auch z. B. Bürgergärten entstehen. Für den ehemaligen Club am Turm muss ein geeignetes Nachnutzungskonzept erarbeitet werden.

Das Bürgerhaus Hohenstücken hat sich zum kulturellen Zentrum in diesem Stadtteil entwickelt. Auch die Umgestaltung rings um den Tschirchdamm hat sich für die Hohenstückener gelohnt. Dieses Konzept muss fortgeführt werden, um einer weiteren Schrumpfung des Stadtteils entgegenzuwirken.

All diese Maßnahmen werden Geld kosten. Da sich die Stadt derzeit in einer finanziell angespannten Lage befindet, ist es wichtig, dass Gelder nicht nur in die Innenstadt fließen, sondern auch für andere Stadtteile verwendet werden. Ich werde mich in der kommenden SVV besonders für Nord und Hohenstücken einsetzen.

Ein Ziel, das alle Brandenburgerinnen und Brandenburger einen sollte, ist der Erhalt der Kreisfreiheit – auch dafür stehe ich mit ganzer Kraft. *René Kretzschmar*

Aus unserem Wahlprogramm

Zukunftsträchtige Technologien

Wir bekennen uns zu der Maxime „Brandenburg an der Havel als Oberzentrum – innovativer Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort".
Besonders wichtig ist die Etablierung bzw. Stärkung von Institutionen der Informations- und Kommunikationstechnologie.
Eine Vernetzungsstelle für die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsunternehmen der Stadt und der Fachhochschule soll eingerichtet und die Wirtschaftsregion Westhavelland für die Ausbildung von Fachkräften fit gemacht werden.

Bildung ist Menschenrecht

Bildung und Wissen sind die stärkste wirtschaftliche Ressource für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft.
Möglichst langes gemeinsames Lernen und individuelle Förderung sind zwei Seiten einer Medaille.
Wir setzten uns für ein breites, bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an Schul- und Kita-Plätzen ein.
Wir wollen, dass die weitere Vernetzung der Fachhochschule mit anderen Bildungsträgern der Stadt realisiert wird.
Wir kämpfen dafür, dass die Kunstschulen, die städtische Musikschule, die Volkshochschule und die Bibliothekseinrichtungen erhalten bleiben.

Selbstbestimmt und barrierefrei

Menschen mit Behinderungen sollen möglichst ohne Einschränkungen am gesamt-gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.
Wir fordern eine konsequente Umsetzung der UN-Konvention „Rechte der Menschen mit Behinderung" und der „Barcelona-Erklärung".
Wir setzten uns für mehr behindertengerechte Wohnungen und den Ausbau des Begleitdienstes für mobilitätseingeschränkte Personen ein.

Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 3



2 Heidi Hauffe
60 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Lehrerin, Gewerkschafterin:
„Ich möchte Kulturtourismus statt Kulturkannibalismus, Vielfalt statt Einfalt und Buntheit in der alternativen und Kleinkunst-Szene statt Rotstiftverwaltung."



3. Kerstin Huch
45 Jahre, ledig, Sozialpädagogin, EU-Rentnerin:
„Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen. Wichtig ist mir die Erarbeitung und Umsetzung eines lokalen Teilhabeplanes für Menschen mit Behinderung, nach dem Motto ‚Nichts über uns ohne uns'. "



4. Werner Müller
61 Jahre, geschieden zwei Kinder, drei Enkel, Lizenzierter Gästeführer im Slawendorf und auf den Slawenschiffen:
„Als lebens- und liebenswertes Brandenburg kann sich die Stadt nur zeigen, wenn auch Einkommensschwächere hier menschenwürdig leben können."



5. Helga Heinz
62 Jahre, geschieden, zwei Kinder, Verkehrsingenieurin, Touristenführerin:
„Die Entwicklung der historischen Altstadt, einer umweltverträglichen Verkehrspolitik und der Bau einer Jugendherberge in einem Denkmal der Altstadt liegen mir besonders am Herzen."



6. Dr. Klaus Erlenkamp
57 Jahre, verheiratet ein Kind, Dipl.-Ing. Automatisierungstechnik, Angestellter in der EDV:
„Insbesondere trete ich für ein zumindest zeitweise kostenloses WLAN an möglichst vielen Orten und für kostenneutrale öffentliche Internet-Surfplätze ein."

Portraitfotos der Kandidaten: Fotostudio Kati Krüger
Fotos (5): Werner Müller

Aus unserem Wahlprogramm

Ohne Frieden ist alles nichts

Die Europäische Union kann eine Friedensstifterin sein, wenn sie ohne ideologische Scheuklappen agiert und sich nicht zum Sklaven von Profitinteressen macht. Wir sind davon überzeugt, dass Waffen keinen Frieden schaffen, und bekämpfen jede Art von militaristischem Denken. Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Art von Diskriminierung, gegen Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen die Anfeindung von Wohnungslosen, Arbeitslosen, Menschen mit Behinderung oder sozial Benachteiligten.

Wahlkampf-Termine – der Endspurt

17. Mai

Brunch für Jedermann mit LINKEN-Politikern der Stadt „zum Anfassen“0
ab 10.00 Uhr in der Geschäftsstelle der Linken, Altstädtischer Markt 2

18. Mai

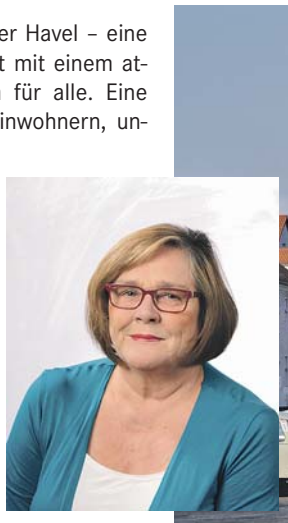
Das traditionelle Kinder- und Familienfest
ab 10.00 Uhr im Waldcafé Görden

20. Mai

Sahra kommt - Forum mit Sahra Wagenknecht
19.00 Uhr im Audimax der Fachhochschule

Ich habe eine Vision

Von Ilona Friedland, Spitzenkandidatin im Wahlkreis 4 (Görden, Plaue, Kirchmöser)





Brandenburg an der Havel – eine liebenswerte Stadt mit einem attraktiven Zentrum für alle. Eine Stadt, die ihren Einwohnern, unabhängig von Alter, Herkunft, Geldbeutel und körperlicher Verfassung, eine hohe Lebensqualität bietet.

Darunter verstehe ich einen ÖPNV, der alle Stadt- und Ortsteile bezahlbar, bedarfsgerecht und optimal an die Innenstadt anbindet. Darunter verstehe ich auch, dass ein ausreichendes Angebot an Kindereinrichtungen in Wohnortnähe mit einem kostenlosen Vorschuljahr für alle Kinder vorhanden ist. Eine gute zentrale Facharztbetreuung und wohnortnahe Hausärzte gehören ebenfalls dazu, wie auch ein vielfältiges kulturelles Angebot für Jung und Alt.

Weil Wohnen Menschenrecht ist, haben alle Brandenburgerinnen und Brandenburger eine bedarfsgerechte, den individuellen Bedürfnissen entsprechende Wohnung in Wohngebieten, deren Infrastruktur auf ihre Anwohner zugeschnitten ist. Zu dem lebenswerten Wohnumfeld gehören ausreichende Angebote an Begegnungsstätten für Menschen aller Generationen ebenso wie sichere Geh- und Radwege, verkehrsberuhigte Straßen und leicht erreichbare Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf. Für Ältere und Menschen mit Behinderungen werden kostengünstige altengerechte Wohnungen bzw. alternative Wohnformen angeboten. Die Bereitstellung von Wärme, Strom, Gas und Wasser erfolgt zu sozial verträglichen Preisen für Jedermann...

Damit diese Vision nicht eine unerfüllbare Träumerei bleibt, ist eine starke LINKE Fraktion in der SVV erforderlich, die sich dafür einsetzt, dass die Stadtverwaltung eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Gestaltung der öffentlichen Daseinsfürsorge zum Wohle aller, erfüllt. Das setzt voraus, dass sich die kommunalen Unternehmen auf ihre ureigensten Aufgaben konzentrieren und die zum Leben notwendigen Dienstleistungen flächendeckend, zuverlässig und bezahlbar zur Verfügung stellen.

Durch meine 22-jährige Tätigkeit in der kommunalen Wohnungswirtschaft, erst zwei Jahre als Amtsleiterin im Wohnungsamt der Stadt, dann 13 Jahre als Geschäftsführerin der „Wofü“ und seit nunmehr sechs Jahren als Geschäftsführerin im Kommunalen Wohnungsunternehmen der Gemeinde Am Mellensee im Kreis Teltow-Fläming, sind mir die Aufgaben, Strukturen und Arbeitsweisen in kommunalen Verwaltungen und Unternehmen genauso bekannt wie die Wünsche, Sorgen und Nöte der Menschen. Auch wenn sich in unserer Stadt in den vergangen Jahren viel getan hat, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch eine Menge zu tun ist, um eine gute Lebensqualität für alle zu erreichen. Unsere Havelstadt soll nicht nur attraktiver für Touristen, sondern auch lebenswerter für die Brandenburger selber werden.

Ich bin überzeugt, dass eine starke Fraktion DIE LINKE in der SVV viel für die Verbesserung der Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger tun kann.

Deshalb kandidiere ich zur Kommunalwahl.

Ilona Friedland

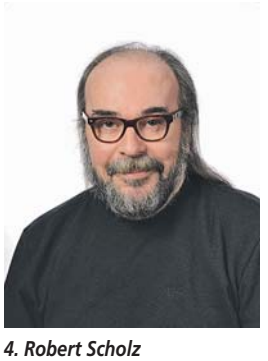
Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 4



2. Matthias Pietschmann
58 Jahre, verh., parteilos, 2 Töchter, Dipl.-Bau-Ing., Geschäftsfhr. Lebenshilfe Werkstatt und MPE mbH: *„Mit der UN-Behindertenrechtskonvention wurden neue Werte formuliert, die neue Identifikationsmuster für eine heterogene, ethnisch und sozial emanzipierte Gesellschaft erfordern.“*



3. Elke Kroll
64 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, drei Enkel, Diplom-Medizinpädagogin, Rentnerin:
„Ich werde mich dafür einsetzen, dass weiterhin kommunale Gesundheitseinrichtungen für hochwertige Vorsorge, Diagnostik und Therapie zur Verfügung stehen.“



4. Robert Scholz
64 Jahre, verheiratet
eine Tochter, Historiker, Bezirksstadtrat in Berlin, Pensionär:
„Brandenburg muss als guter Ort zum Wohnen und Arbeiten und der OT Kirchmöser, wo ich seit 2012 lebe, als Kleinod des Tourismus und der Erholung bekannter gemacht werden.“



5. Birgit Trenner
60 Jahre, verwitwet, drei Kinder, Geschäftsführerin der eigenen Baufirma: *„In meinen Augen sind linker Idealismus und wirtschaftliches Denken bzw. unternehmerische Belange kein Gegensatz, sondern müssen in einer modernen und gerechten Welt miteinander vereinbar sein.“*



6. Thomas Wetzel
57 Jahre, geschieden, sieben Kinder, Büroinformationselektroniker:
„Warum werden so viele Fördergelder an das Arbeitsamt zurückgegeben? Ich will mich künftig für solche Maßnahmen der Arbeitsförderung einsetzen, die sinnvolle Tätigkeiten im Einklang mit Natur und Umwelt ermöglichen.“

Für DIE LINKE im Europäischen Parlament – der Brandenburger Helmut Scholz

Helmut Scholz, früher Diplomat, überzeugt im Europäischen Parlament durch seine ruhige, ausgleichende Art auch Abgeordnete anderer Fraktionen. Dass der Abgeordnete dennoch ungemütlich werden kann, zeigte er unter anderem immer, wenn es um Kinderarbeit ging. Scholz verhinderte durch seinen Einsatz gemeinsam mit dem Sozialdemokraten George Sabin Cutaş den Abschluss eines neuen Handelsabkommens mit Usbekistan, solange dort Kinder zur Arbeit in der Baumwollernte gezwungen werden. Mit einer anderen Resolution verurteilte das Europäische Parlament die Kinderarbeit in der Kakaoproduktion in Westafrika. Die EU ist nun verpflichtet, sich dort für die Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen.



Mit seiner kleinen GUE/NGL-Fraktion, mit 35 von 765 Abgeordneten, muss er oft gegen die existierenden Mehrheiten ankämpfen. Von den 99 deutschen EU-Parlamentariern aller Parteien ist er – so belegt es die Statistik – der Zweitfleißigste, wenn es etwa um bearbeitete Dossiers geht. „Wir haben mit dafür gesorgt, dass in Wirtschafts- und Handelsverträgen mit Entwicklungsländern Menschenrechtsaspekte einbezogen werden. Auch dass die Regulierung der liberalisierten Finanzmärkte heute in nahezu aller Munde ist, ist nicht zuletzt der GUE/NGL zu verdanken. Für das Konto für jedermann, inzwischen selbst von der EU-Kommission gefordert, machte sich unsere Fraktion seit Jahren stark; und auch daran, dass die Kommissionspläne zu einer ungezügelten Wasserprivatisierung aufgegeben werden mussten, haben wir eine bedeutende Aktie.“ Der 59-Jährige nimmt seine Arbeit ernst. Er pendelt zwischen Brüssel, Straßburg und den von ihm „betreuten“ Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Helmut Scholz versteht sich als Teil eines Arbeitsprozesses, an dessen Ende für die Bürgerinnen und Bürger greifbare Ergebnisse stehen sollen. Mit dem Hinzukommen neuer EU-Mitglieder wurde die Förderpolitik gerade für strukturschwache Regionen neu organisiert. Brandenburg etwa hatte einen Einbruch seiner Finanzen um circa eine Milliarde Euro zu befürchten. Also suchte Scholz das Gespräch. Über Parteigrenzen hinweg konnte so erreicht werden, dass für die ostdeutschen Bundesländer spezielle Übergangsregelungen den plötzlichen Wegfall der Mittel deutlich abfangen.

TTIP stoppen

Scholz: „Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) laufen in eine gefährliche Richtung. Setzen sich darin weiter Konzerninteressen durch, sind unsere Landwirtschaft und unsere hohen Verbraucher- und Gesundheitsschutzstandards bedroht. Entscheiden wird über das Ergebnis das Europaparlament. Für ein Nein braucht es eine starke LINKE.“

Ernährungssicherheit

Scholz: „Es ist eine Schande, dass im Jahr 2014 noch immer 842 Millionen Menschen auf der Welt Hunger leiden. Schuld trägt daran auch die Spekulation auf Nahrungsmittel. Das Europaparlament könnte das profitable Geschäft der Banken am Hunger gemeinsam mit dem Rat verbieten. Auch aus Geld für die Rüstung könnte die Politik Geld für Landwirtschaft machen. Eine starke LINKE im Europaparlament wird dafür kämpfen.“

In Brandenburg willkommen

Menschen die vor Krieg, Vertreibung und Hunger fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Während die EU-Innenminister über Maßnahmen reden, um die Grenzen der EU noch effektiver als bisher abzuschotten, will DIE LINKE legale und sichere Wege für schutzsuchende Menschen. Die „Festung Europa“ ist keine Lösung. Auch in Brandenburg suchen viele Flüchtlinge Schutz. Wir wollen, dass sie hier willkommen sind.

Es ist unsere Pflicht ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten. Das bedeutet unter anderem, dass die Flüchtlinge nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften weit außerhalb der Städte untergebracht werden, sondern in Wohnungen leben können. Vorurteile müssen abgebaut werden, um die schutzsuchenden Menschen zu integrieren.

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat 12,7 Millionen € extra für Kommunen, besseren Wohnraum und mehr Personal zur Verfügung gestellt. Doch immer wieder wollen alte und neue Nazis Ängste schüren, gegen die Menschen, die bei uns Schutz suchen. Wir aber wollen eine neue Willkommenskultur in Brandenburg schaffen, ohne Vorurteile und Ängste. Deshalb gibt es seit Ende 2013 in der LINKEN den Arbeitskreis „Willkommenskultur in Brandenburg“ in dem sich Aktive aus Vereinen und Initiativen vernetzen, um für eine bessere Flüchtlingspolitik zu wirken. Aktives Handeln und nicht wegsehen ist und bleibt unser Ziel.

Steuer auf Finanzprodukte

Über die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer müssen derzeit die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer entscheiden. Für die Einführung dieser Steuer auf alle Finanzprodukte der Banken, Börsen und Versicherungen hat sich als erstes EU-Gremium der Ausschuss der Regionen (AdR) auf Initiative des Brandenburger Europaministers Ralf Christoffers (LINKE) und der Europaabgeordneten Martina Michels *(Foto)* ausgesprochen. Im AdR sind 344 Gebietskörperschaften aus allen EU-Mitgliedstaaten vertreten, deutsche Vertreter sind die Bundesländer.



„Als Berichterstatter des AdR habe ich mich dafür eingesetzt, dass Einnahmen aus dieser Steuer auch für soziale Aufgaben der EU-Länder zur Verfügung stehen“, so Christoffers. Es wird mit jährlichen Einnahmen von 54 Milliarden € gerechnet. DIE LINKE setzt sich seit Mitte der 1990-er Jahre für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ein. „Unsere politische Position aus dem AdR ist inzwischen bei den Regierungschefs angekommen und mehrheitsfähig geworden“, kommentierte Martina Michels (LINKE). Und weiter sagte sie: „Die EU hat viele Hoffnungen enttäuscht. Ihre Politik wird fast nur durch Regierungen bestimmt. Dem kann man mit einem starken Europaparlament begegnen. Es braucht eine starke LINKE als verlässliche Anwältin des Bürgerwillens. Wir lehnen die EU-weiten Kürzungsorgien bei Löhnen und Renten ab und wollen verbindliche Mindeststandards. Schon heute wird unser Leben in den Kommunen europäisch bestimmt, ob es um Wasser, Strom oder Verbraucherschutz geht. Auch deshalb wollen wir Europa verändern!“



Ein schöner Bahnhofsvorplatz in Falkensee

Lange Jahre präsentierte sich das Umfeld des Bahnhofs in Falkensee in einem wenig einladenden Zustand. Unter anderem Dank der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wurde das Bahnhofsareal zu einem attraktiven Eingang in die Stadt umgestaltet.

Tanzen im Alten Gymnasium

Wer in Neuruppin Stepptanzen lernen will, geht genauso ins Alte Gymnasium wie diejenigen, die wissen wollen, wie man Trompete spielt. Neuruppin ist eine von 15 Städten, die in der Förderperiode 2007 – 2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ gefördert werden.

Denkmalgeschützt und multifunktional

Das Friedrich-Wolf-Theater in Eisenhüttenstadt ist das größte Veranstaltungshaus in der Region. Dort finden Veranstaltungen aller Genres statt. Und ganz nebenbei trägt der Umbau des Theaters im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) zur Belebung der Innenstadt bei. Dies wurde u.a. mit EFRE-Mitteln in Höhe von 2,8 Millionen Euro möglich.

Alle kennen das Bergschlösschen

In Spremberg kommt man am Bergschlösschen nicht vorbei. Erst kürzlich wurden mehr als 687.000 EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt, um den Rück- und Neubau von Gebäuden auf dem Gelände des Mehrgenerationen- und Kulturzentrums Bergschlösschen zu unterstützen.



Bollhagens Töpfe, Tassen und Becher im Museum

Gleich neben dem Ofen- und Keramikmuseum Velten entsteht derzeit das Museum für den künstlerischen Nachlass der Keramikerin Hedwig Bollhagen (1907 – 2001). Die Stadt Velten erhält 835.000 Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für die Errichtung des Hedwig-Bollhagen-Museums.
Der Landkreis Oberhavel stellt weitere 540.000 Euro zur Verfügung.

Erst Waschhaus, jetzt Kunsthaus

Da wo früher die Wäsche der Kirchenleute gewaschen wurde, können die Bürgerinnen und Bürger Prenzlaus und die Gäste der Stadt Kultur und Geschichte der Uckermark erleben. Das ehemalige Waschhaus in Prenzlau wurde vor drei Jahren nach zweijährigem Umbau wieder eröffnet.
Die Sanierung des Waschhauses kostete insgesamt rund 1,1 Millionen Euro. Vom Land Brandenburg wurden 825.000 Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt.

Breitbandausbau

Mit dem Bau des Breitbandnetzes wird seit März in den Planungsregionen Prignitz/Oberhavel, Barnim/Uckermark und Oderland-Spree begonnen, die anderen werden folgen. Dies ist möglich geworden, weil die Europäische Kommission das „Entwicklungskonzept Brandenburg – Glasfaser 2020“ des Brandenburger Wirtschafts- und Europaministeriums Anfang 2013 gebilligt hatte. Die Unterstützung mit europäischen Fördermitteln war notwendig geworden, weil Betreiber bisher Gebiete mit geringer Einwohnerdichte vom schnellen Internet ausgeschlossen hatten.

Wählen gehen! So wird’s gemacht.

Mustervordruck 11a

Anlage 11a
zu § 41 Absatz 1 Satz 1 BbgKWahlV

Stimmzettel

für die Wahl zum Kreistag [1]) am _____ im Landkreis _____ Wahlkreis: _____

Sie haben 3 Stimmen: ×××
Sie können alle drei Stimmen **einer einzigen** Bewerberin oder **einem einzigen** Bewerber geben.
Sie können Ihre drei Stimmen aber auch auf **mehrere** Bewerberinnen und Bewerber **desselben** Wahlvorschlags oder **verschiedener** Wahlvorschläge verteilen.
Bitte beachten Sie:
Bei der Abgabe von mehr als drei Stimmen sind alle abgegebenen Stimmen ungültig!

1 A-Partei — AP	2 Wählergruppe Feuerwehr — WGF	3 Listenvereinigung X — LX - C-Partei (CP) - Wähleraktion Torfstedt (WAT) - Wählerinitiative Nuthe (WIN)	4 B-Partei — BP
1. Dr. Zorn, Max Geburtsjahr 1951 Tierarzt Ginsterweg 12 Altmark — ○○○	1. Lenz, Moritz Geburtsjahr 1981 Elektroinstallateur Kantstraße 8 Torfstedt — ○○○	1. Kok, Ronald Geburtsjahr 1987 Unternehmer Nuthestraße 14 Nuthestedt — ○○○	1. Stendal, Kathrin Geburtsjahr 1969 Kauffrau Schillerstraße 4 Bärenhausen — ○○○
2. Reim, Ramona Geburtsjahr 1967 Lehrerin Kleiststraße 21 Neumark — ○○○	2. Dorn, Magnus Geburtsjahr 1959 Landwirt Dorfstraße 17 Kleinstedt — ○○○	2. Sommer, Raphael Geburtsjahr 1953 Polizeibeamter Lindenstraße 5 Torfstedt — ○○○	2. Berger, Friedrich Geburtsjahr 1947 Bäckermeister Hauptstraße 55 Karstedt — ○○○
3. Köster, Karl Geburtsjahr 1948 Schlosser Eichenweg 2 Bärenhausen — ○○○	3. Mai, Charlotte Geburtsjahr 1963 Chemielaborantin Fontaneweg 9 Altmark — ○○○	3. Zwerg, Inka Geburtsjahr 1990 Hausfrau Chopinallee 5 Kleinstedt — ○○○	3. Dr. Gent, Rita Geburtsjahr 1959 Apothekerin Luisenstraße 12 Neustedt — ○○○
(usw.)	(usw.)	(usw.)	(usw.)

1) Muster gilt für die Wahl des Kreistages.

- **Erstmalig sind in Brandenburg bei der Wahl der Kommunalvertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahre stimmberechtigt.**
- **Sie haben bei der Wahl der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Ortsbeiräte jeweils drei Stimmen.**
- **Gewählt werden können die Bewerberinnen und Bewerber von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen, Listenvereinigungen und auch Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber.**
- **Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel richtet sich nach deren Stimmenanteil bei der vergangenen Kreistagswahl.**
- **Sie können die drei Stimmen einer Bewerberin bzw. einem Bewerber eines Wahlvorschlagsträgers geben (kumulieren) oder einzeln auf mehrere Bewerberinnen oder Bewerber entweder desselben Wahlvorschlagsträgers oder unterschiedlicher Wahlvorschlagsträger verteilen (panaschieren).**
- **Sie können auch weniger als drei Stimmen abgeben (eine oder zwei Stimmen). Ihre Wahl ist trotzdem gültig.**
- **Wenn Sie mehr als drei Stimmen abgeben, ist Ihr Stimmzettel ungültig.**

linksjugend ['solid]

Zum ersten Mal mit 16

Wähle, wie du leben willst

www.linksjugend-solid-brandenburg.de

Unser ganzes Leben steckt täglich voller Entscheidungen darüber, wie wir unser Leben gestalten wollen. Häufig ist es nur eine Frage des Umganges miteinander aber persönliche Entscheidungen, Interessen und Bedürfnisse sind an vielen Stellen hochpolitisch. Als politischer Jugendverband ist es unser Ziel Jugendlichen eine Plattform zu bieten, in der die eigenen Vorstellungen von einem gerechten Leben für alle entwickelt, diskutiert und für deren Umsetzung gemeinsam gestritten werden kann. Wenn in diesem Mai erstmals alle Jugendlichen Brandenburgs ab 16 Jahren dazu aufgerufen werden zur Wahlurne zu gehen, wollen wir diesen Aufruf erweitern, denn: Du hast an jedem Tag die Möglichkeit selbst zu entscheiden, ob du dich gegen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen oder aber für deine Interessen und Ideen einsetzt. Nutze sie, egal ob in deiner Schule, deinem Ausbildungsbetrieb, in deinem Kiez oder aber in der Uni!
Geh nicht einfach nur wählen, sondern werde aktiv!

Ihre Spende für DIE LINKE

Sie können DIE LINKE über Ihre Wählerstimme hinaus auch mit einer Spende unterstützen. Medienwahlkämpfe sind teuer. DIE LINKE verzichtet als einzige Partei auf Spenden von Unternehmen und braucht deshalb auch Ihre Unterstützung. Für 20 € können wir 10 Plakate oder 1.000 Wahlzeitungen drucken lassen. Für 80 € können wir 1.000 Faltblätter für unsere Kandidat(inn)en zur Verteilung am Infostand herstellen. Jeder Betrag hilft. Bitte überweisen Sie unter Angabe Ihres Namens und Anschrift auf unser Konto Nr. 1000969068, BLZ 16050000 bzw. IBAN DE43160500001000 969068, BIC WELADED1PMB.

IMPRESSUM: „100 % sozial“ – Zeitung zu den Kommunal- und Europawahlen 2014 in Brandenburg. **Herausgeber:** Landesvorstand DIE LINKE.Brandenburg, Andrea Johlige, Geschäftsführerin (v.i.S.d.P.) in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden der Partei DIE LINKE. **Redaktion/Layout:** „medienPUNKTpotsdam“, Hessestraße 5, 14469 Potsdam, Tel.:/FAX: 0331 20 01 89 – 70/-71, email: info@medienpunktpotsdam.de, **Fotos:** Archive DIE LINKE; „medienPUNKTpotsdam“. **Druck:** Berliner Zeitungsdruck, Berlin, **Auflage:** 1.250.000 Exemplare, **Erscheinungstermin:** April/Mai 2014.